

5133/AB XX.GP

Die Abgeordneten Mag. Terezija Stojsits, Freundinnen und Freunde haben am 23. Dezember 1998 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend die Mißhandlung von polnischen Staatsbürgern am 19.12.1997 gerichtet.

Ich beantworte diese Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Ein Betroffener des Vorfalls am 19. Dezember 1997 hatte sich in einem Beschwerdebrief an das Österreichische Generalkonsulat Krakau gewandt. Dieser Brief wurde im Wege des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten an das mit der Vollziehung des Grenzkontrollgesetzes beauftragte Bundesministerium für Inneres zur Erhebung weitergeleitet.

Zu Frage 2:

Polnische Zeitungsberichte zu diesem Vorfall wurden dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten nicht bekannt.

Zu Frage 3:

Im Laufe der letzten Jahre sind dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten im Wege der österreichischen Vertretungsbehörden eine Reihe von Beschwerden aus - ländischer Touristen und Besucher über das Verhalten von österreichischen Exekutivbe - amten zur Kenntnis gebracht worden. Auch sind in ausländischen Zeitungen und im Inter - net negative Artikel und Kommentare erschienen, deren Grundtenor die Beschwerde über die Art und Weise der Behandlung durch österreichische Exekutivorgane ist.

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten hat mehrfach die Aufmerksam - keit des Bundesministeriums für Inneres auf diese Problematik gelenkt und gebeten, die zuständigen Stellen der Polizei und Gendarmerie über die Häufung dieser Beschwerden zu informieren sowie darauf hinzuwirken, daß die Ursachen dieser Beschwerden rasch und dauerhaft beseitigt werden.

Die österreichischen Vertretungsbehörden, die vielfach als erster Adressat mit Beschwer - den konfrontiert sind, bemühen sich, der Bildung eines negativen Images Österreichs im Ausland entgegenzuwirken.